

BAUMSCHUTZVERORDNUNG DER STADT ROSENHEIM

Vom 13. Januar 1998

geändert durch Verordnung vom 22. Dezember 2009 (ABL. S. 292)

Die Stadt Rosenheim erlässt aufgrund Art. 12 Abs. 2, Art. 37 Abs. 2 Nr. 3 und Art. 45 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Naturschutzgesetzes -BayNatSchG- (BayRS - 791-1-U), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 1997 (GVBl. S. 311), folgende Verordnung:

§ 1

Schutzgegenstand

(1) Geschützt sind alle Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 80 cm, soweit sie nicht unter Absatz 3 fallen. Mehrstämmige Bäume sind geschützt, wenn einer der Stämme einen Stammumfang von mehr als 60 cm hat. Der Stammumfang wird in einer Stammhöhe von 100 cm gemessen. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, ist der Stammumfang direkt unter dem Kronenansatz maßgebend.

(2) Geschützt sind auch

- alle Ersatzpflanzungen, die aufgrund dieser Verordnung gefordert wurden,
- alle Neupflanzungen, die in einem Freiflächengestaltungsplan gefordert wurden, selbst wenn sie das Schutzmaß nach Abs. 1 noch nicht erreicht haben,

(3) Von der Unterschutzstellung sind ausgenommen:

- Obstbäume, ausgenommen Walnussbäume,
- Bäume in Baumschulen und Gärtnereien, soweit sie erwerbsgärtnerischen Zwecken dienen,
- abgestorbene Bäume.

§ 2

Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile der Stadt Rosenheim.

§ 3

Zweck der Verordnung

(1) Die Bäume im Geltungsbereich dieser Verordnung werden geschützt, um in der Stadt Rosenheim

- die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes zu erhalten und zu fördern,
- das Kleinklima, das Stadtbild und das Wohnumfeld zu verbessern,
- die Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern

und um einen lokalen Beitrag zur Minderung der Luftbelastung zu leisten.

(2) Der Schutzzweck soll erreicht werden durch

- das Erhalten von Bäumen
- das Ersetzen von entfernten Bäumen
- die Neupflanzung standortgerechter Bäume

§ 4

Verbotene Maßnahmen

(1) Es ist verboten, geschützte Bäume zu entfernen, zu zerstören, erheblich zu beschädigen oder ihr charakteristisches Aussehen wesentlich zu verändern.

(2) Erhebliche Beschädigungen sind Einwirkungen im Wurzelbereich (= Kronenschirmfläche plus 1,50 m, siehe Anhang), Stamm- und Kronenbereich, die zum Absterben des Baumes führen oder seine Lebensfähigkeit nachhaltig beeinträchtigen können. Als erhebliche Beschädigungen gelten insbesondere

- Eingriffe in den Wurzelbereich durch Abgrabungen, Aufschüttungen und Ausschachtungen,
- Befestigen des Wurzelbereiches mit einer wasserundurchlässigen Decke (z. B. Asphalt, Beton),
- Verdichten des Wurzelbereiches (z. B. durch Lagern von schweren Gegenständen),
- offenes Lagern, Ausschütten oder Aufbringen von Salzen, Ölen, Säuren oder Laugen,
- Beschädigen der Baumrinde (z. B. Einschlagen von Nägeln)

§ 5

Ausnahmen

Die Verbote nach § 4 gelten nicht für

- die fachgerechte Baumpflege zur Erhaltung des Baumes,
- das fachgerechte Verpflanzen auf demselben Grundstück,
- Maßnahmen zur Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht,
- Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahren, wenn diese nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden können.

§ 6

Befreiung

(1) Von den Verboten des § 4 Abs. 1 kann die Stadt Rosenheim -untere Naturschutzbehörde- im Einzelfall eine Befreiung erteilen.

(2) Die Erteilung einer Befreiung setzt eine schriftliche Anzeige über die geplanten Maßnahmen an geschützten Bäumen im Sinne von § 1 der Verordnung voraus. Die Anzeige muss die Baumart, den Standort des Baumes und seinen Stammumfang beinhalten. In begründeten Fällen kann die untere Naturschutzbehörde zusätzlich die Vorlage von maßstabsgetreuen Plänen verlangen.

(3) Wird die Anzeige durch ein Bauvorhaben veranlasst, das der Genehmigung nach der Bayer. Bauordnung bedarf, ist sie mit dem Bauantrag bei der Stadt Rosenheim – Bauamt – einzureichen und wird mit dem Bauantrag verbeschieden. Abs. 7 gilt insoweit nicht.

(4) Eine Befreiung kann erteilt werden, wenn

- die Erhaltung eines Baumes nicht im öffentlichen Interesse ist oder
- aufgrund anderer Vorschriften ein Rechtsanspruch auf Genehmigung eines Vorhabens besteht, dessen Verwirklichung ohne die Entfernung oder Veränderung von Bäumen unmöglich ist oder

- von einem Baum Beeinträchtigungen ausgehen und eine Erhaltung durch den Eigentümer unzumutbar ist.

(5) Die Befreiung muss erteilt werden, wenn ein Baum krank ist und Maßnahmen zu seiner Erhaltung keinen Erfolg versprechen oder dem Eigentümer nicht zuzumuten sind.

(6) Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen erteilt werden. Um zu gewährleisten, dass die Nebenbestimmungen erfüllt werden, kann eine angemessene Sicherheitsleistung (z. B. Bankbürgschaft) gefordert werden.

(7) Die Befreiung gilt als erteilt, wenn innerhalb eines Monats nach Abgabe der vollständigen Unterlagen, eine Entscheidung der Stadt Rosenheim nicht erfolgt.

Die Stadt kann durch Bescheid, der innerhalb dieser Frist nach Satz 1 bekannt gegeben werden muss, die Frist um höchstens drei Monate verlängern. Teilt die Stadt schon vor Ablauf der Frist mit, dass gegen die beabsichtigte Fällung keine Einwände erhoben werden, gilt die Befreiung bereits mit Zugag dieser Mitteilung als erteilt.

§ 7

Ersatzpflanzung, Ausgleichszahlung

(1) Wer als Grundstückseigentümer oder sonstiger Berechtigter einen geschützten Baum entfernt, zerstört, erheblich beschädigt oder sein charakteristisches Aussehen wesentlich verändert oder derartige Eingriffe vornehmen lässt, kann verpflichtet werden, den Eingriff innerhalb eines Jahres auf demselben Grundstück durch eine Ersatzpflanzung auszugleichen. Der Ersatzbaum muss einen Stammumfang von mindestens 16 Zentimetern haben. Die Stadt kann weitergehende Auflagen in Bezug auf Baumart, Stammumfang und Pflanzzeitpunkt machen. Im Einzelfall kann die Stadt aus Gründen des Stadtbildes den Pflanzort festlegen.

(2) Ist eine Ersatzpflanzung aufgrund einer unbilligen Härte nicht möglich oder nicht sinnvoll, so kann eine Ausgleichszahlung verlangt werden. Die Höhe der Ausgleichszahlung soll sich an den Kosten orientieren, die entstanden wären, wenn eine Ersatzpflanzung nach Abs. 1 von einer Fachfirma durchgeführt worden wäre.

(3) Die Ausgleichszahlungen dürfen ausschließlich für die Pflanzung von Bäumen und deren Pflege verwendet werden.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

Mit Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark kann belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 4 Abs. 1 ohne Genehmigung nach § 6 Abs. 1 Bäume entfernt, zerstört, erheblich beschädigt oder wesentlich verändert (Art. 52 Abs. 1 Nr. 3 BayNatSchG),
2. einer vollziehbaren Nebenbestimmung in Form einer Auflage zu einer Genehmigung nach § 6 Abs. 6 nicht nachkommt (Art. 52 Abs. 1 Nr. 6 BayNatSchG).

§ 9

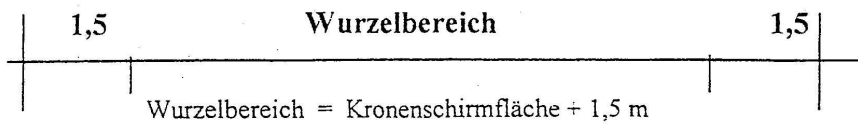
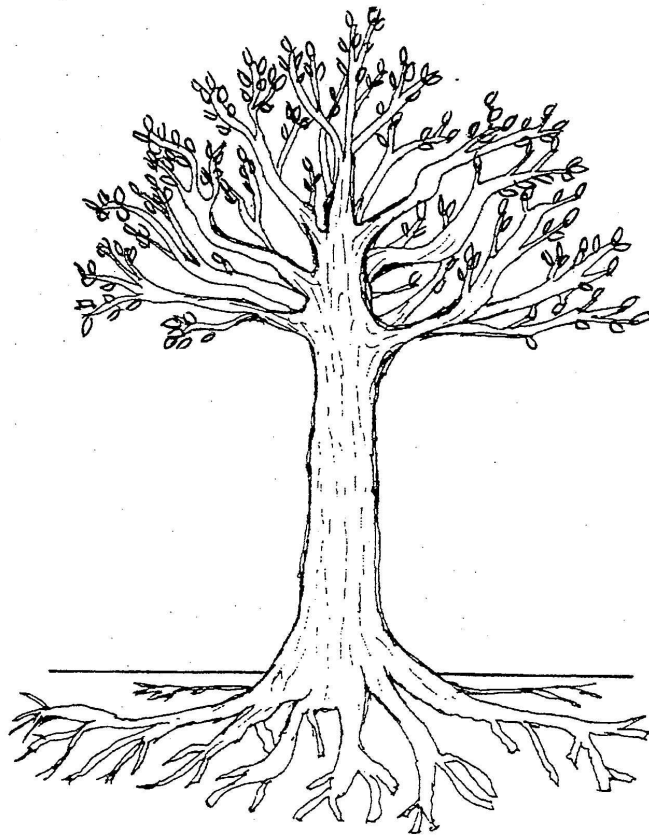
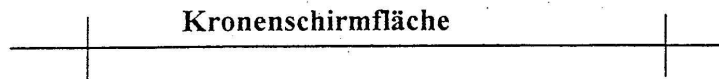
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Rosenheim in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Rosenheim vom 03.06.1986 außer Kraft.

zu
173a

Anhang zur Baumschutzverordnung der Stadt Rosenheim

Schematische Darstellung eines Baumes:



Zeichnung ohne Maßstab!